

Antrag

der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Innere Sicherheit durch Regelungen zum Arbeitskampfrecht gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die ausgedehnten Streiks im öffentlichen Dienst in verschiedenen Bundesländern haben zum Teil zu unverhältnismäßigen Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geführt. In verschiedenen Orten wurden trotz zum Teil katastrophaler winterlicher Wetterlagen die Winterdienste bestreikt, was die Gefahr von Verkehrsunfällen erheblich erhöhte. In Stuttgart musste die Polizei zur Öffnung eines bestreikten Betriebshofes eingesetzt werden, um Räumfahrzeugen den Winterdienst zu ermöglichen. In Bayern wurden trotz katastrophaler Witterungslage, in der es zu vielen Unfällen und Staus kam, auch Autobahnmeistereien bestreikt.
2. Auch das Bestreiken der Müllentsorgung hat zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in einem nicht mehr hinnehmbaren Ausmaß geführt. Angesichts der Seuchengefahr auch durch die Vogelgrippe sind Müllberge im öffentlichen Raum eine ernste Gefahrenquelle. Die Streiks belasten die Kommunen und letztlich den Steuerzahler in unzumutbarer Weise.
3. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, aber auch die Bevölkerung müssen Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in Bezug auf die verhältnismäßigen Mittel des Arbeitskampfes erhalten.
4. Durch die fehlende gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts ist die Rechtsprechung gezwungen, die Grenzen der richterlichen Legitimation bis zum Äußersten zu beanspruchen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, seinen Gestaltungsauftrag zur Präzisierung der Schranken des Artikels 9 Abs. 3 des Grundgesetzes wahrzunehmen.

5. Das Gemeinwohl darf durch einen Arbeitskampf nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt werden, die Notfallversorgung der Bevölkerung und die Innere Sicherheit müssen jederzeit gewährleistet sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitskampfrecht unter Beachtung folgender Maßgaben regelt:

1. Schaffung einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für den Ausschluss einzelner Streikmaßnahmen bei einer konkreten erheblichen Gefahr für verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit/körperliche Unversehrtheit und Freiheit;
2. Ermächtigung der zuständigen Stellen, bei Arbeitskämpfen Maßnahmen zu ergreifen, um
 - die Notfallversorgung der Bevölkerung sicherzustellen,
 - den Katastrophenschutz, die Einsatzfähigkeit der Rettungsdienste und Feuerwehren sowie der Polizei zu gewährleisten und
 - erheblichen Gefahren, z. B. durch Beeinträchtigungen im Straßenverkehr oder in der Seuchenbekämpfung, effektiv und schnell begegnen zu können.

Berlin, den 15. März 2006

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann

Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Nebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Konrad Schily
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion